

Argumente für und gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ¹⁾

→ Kapitel 12: Frankreich unter Ludwig XIV. (Schulbuch S. 34f.)

Vor der Wahl zum deutschen Bundestag (entspricht dem österreichischen Nationalrat) im Jahr 2009 hat die unabhängige Plattform WEN WÄHLEN? den Kandidatinnen und Kandidaten Thesen vorgelegt, zu denen diese Stellung beziehen sollten.

1. Lies die Antworten der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten zum Thema staatliche Eingriffe in die Wirtschaft.
2. Kreuze links oder rechts von der Antwort an, ob diese EHER JA oder EHER NEIN bedeutet.
3. Überlege auch, welchen Positionen du eher zustimmst.
4. Welche der Parteipositionen sind (nicht) mit denen der österreichischen Parteien gleichen oder ähnlichen Namens identisch?
5. Welche Partei fehlt in der österreichischen Parteienlandschaft?

EHER JA	Der Staat soll sich aus der Wirtschaft raushalten. Der Staat soll auf die Kräfte des Marktes vertrauen und sich mit Staatshilfen für einzelne Unternehmen (auch Banken) und Subventionen zurückhalten.	EHER NEIN
	Das aktuelle Beispiel der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt, dass die neoliberalen Theorien, in denen Regulierungen abgelehnt werden, versagt haben. Der Markt kann nicht alles regeln. Wir brauchen wieder eine soziale Marktwirtschaft, die den Namen wirklich verdient. Dazu gehören auch korrigierende Eingriffe. (Werner Böhler, SPD)	
	Nur ein schlanker Staat ist auch ein starker Staat. Bestimmte Dinge, wie Bankenaufsicht oder Kartellaufsicht sind Sache des Staates, der hier auch entschiedener als bisher auftreten muss. Subventionen oder gar den Staat als Unternehmer selbst hingegen lehne ich ab. (Conrad Buchholz, FDP)	
	In einer konjunkturellen Ausnahmesituation muss der Staat entschieden und gezielt mit einer antizyklischen Finanzpolitik, also mit zusätzlichen staatlichen Ausgaben für eine begrenzte Zeit, gegensteuern. Er kann die fehlende private Nachfrage zumindest teilweise auffangen, um so eine Brücke zum nächsten Aufschwung zu bauen. (Barbara Hendricks, SPD)	
	Der Staat soll nur dort eingreifen, wo ein fairer Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsbeteiligten nicht möglich ist. Der Staat als Unternehmer ist bisher immer gescheitert. (Horst Gaumann, FDP)	
	Die „Selbstregulierungskräfte des Marktes“ sind ein ideologischer Mythos, der längst durch die Realität widerlegt ist. (Stefan Karstens, DIE LINKE)	
	Die Geschichte des 20. Jahrhunderts und die aktuelle Wirtschaftskrise zeigen, dass Märkte immer wieder versagen und von Staaten gerettet werden müssen. Die Annahme, „freie“ Märkte regulierten am besten alles ohne staatliche Rahmenseetzungen, ist eher ideologisch als realitätstauglich. (Gerd Brenner, GRÜNE)	
	Der Staat ist kein Unternehmer. Er soll sich auf seine Hoheitsaufgaben (z. B. Sicherheit, Bildung) beschränken. (Lothar Hänsch, FDP)	
	Beispielsweise bei der Frage der Einführung des Mindestlohns wird deutlich, dass der Staat hin und wieder regulierend eingreifen muss, um Gerechtigkeit zu schaffen. (Danial Ilkhanipour, SPD)	
	Der Staat muss für die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen schaffen. (Karin Maag, CDU)	
	Jede Subvention führt zu Wettbewerbsverzerrung zwischen subventionierten Betrieben und denen, die keine Subventionen erhalten. Deshalb müssen auf Dauer alle Subventionen abgeschafft werden. (Martina Tigges-Friedrichs, FDP)	
	Grundlegende Wirtschaftsbereiche müssen im Interesse des Volkes durch den Staat kontrolliert und reguliert werden. (Harald Koch, DIE LINKE)	
	Demokratie funktioniert nur dann, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Wir wollen die Demokratisierung der Wirtschaft, die Eindämmung des Einflusses der Wirtschaftslobby auf die Politik. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass sich die Politik das Heft aus der Hand nehmen lässt und sich von Konzernen diktieren lässt, was zu tun ist. (Britta Pietsch, DIE LINKE)	
	Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Er soll die Spielregeln vorgeben und deren Einhaltung überwachen. Nur in Notfällen, wie z.B. der aktuellen Krise, sind Ausnahmen gerechtfertigt. (Norbert Bathle, CDU)	
	Wir haben eine freie Marktwirtschaft. Die Regulierung durch den Staat darf nicht überhand nehmen. Dennoch hat dieser die Pflicht, bei systemrelevanten Bereichen wie z.B. den Banken einzugreifen. (Dieter Stier, CDU)	
	Der Staat ist das schlechteste Unternehmen (1.9 Billionen Schulden). Soziale Marktwirtschaft ist ein Zusammenspiel von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der Staat schafft Rahmenbedingungen – erschafft aber keine Arbeitsplätze. (Enrico Buchs, FDP)	
	Wir brauchen einen starken, handlungsfähigen Staat, der aktiv soziale und ökologische Vorgaben für die Wirtschaft setzt. (Sven-Christian Kindler, GRÜNE)	
	Der Staat hat die Aufgabe, seiner gesellschaftlichen Verantwortung für die Daseinsvorsorge nachzugehen. Deshalb gehören Post, Bahn, Telefon, Internet, Energien, Banken, Schulen und Universitäten in öffentliche Hand! Sogar schon Gefängnisse zu privatisieren, halte ich für völlig unangemessen. (Heinz-Jürgen Hörster, DIE LINKE)	
	Das Beispiel DDR hat gezeigt wohin Staatswirtschaft führt. (Andrea Klaschka, FDP)	
	Der Markt hat kein ökologisches oder soziales Gewissen, daher braucht er Regeln. (Irmgard Pehle, GRÜNE)	

1) Online auf: http://www.wen-waehlen.de/btw09/kandidaten/begruendung_1064.html (08.09.2011).